

Rosenblätter

Informations-Zeitung der SPD Pinneberg

Ausgabe 03|2011



Kandidat für Kiel

Kai Vogel im
Porträt

Seite 03



Gigaliner in Pinneberg

Trotz Protesten
beginnt Testphase

Seite 06



Recht auf Ruine?

Haus verfällt
mitten im Zentrum

Seite 07



1070
PINNEBERGER KINDER
LEBEN VON HARTZ IV

HARTZ IV IN PINNEBERG

1070 Kinder leben in Pinneberg von Hartz IV mit monatlich 215 für die Jüngsten bis fünf Jahren und 251 Euro bis 13 Jahren. Alles muss davon bezahlt werden – Ernährung, Bekleidung, Schulsachen, Vereinsbeiträge und was sonst noch ein Kind kostet. Während für die Erwachsenen der Regelsatz ab Januar dieses Jahres um fünf Euro erhöht wurde, können für Kinder im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets bestimmte zusätzliche Leistungen beantragt werden. Wie sieht es damit in Pinneberg aus? Werden die Leistungen auch in Anspruch genommen? Wie sieht es mit Hartz IV-Beziehern allgemein in Pinneberg aus? Die „Rosenblätter“ befragten das Jobcenter, den VfL Pinneberg und den städtischen Kindergarten **Lesen Sie mehr auf den Seiten 4 und 5.**

WAISENHAUS ERÖFFNET

Toller Erfolg für den Pinneberger Verein Karibuni e.V.: Jüngst konnte ein aus privaten Mitteln und Spendengeldern finanziertes Waisenhaus im Norden Tansanias eröffnet werden. Doch die Arbeit geht für den Verein jetzt erst richtig los – dazu gehört auch, Spenden für den laufenden Betrieb zu gewinnen. Wer das Waisenhaus unterstützen will, kann für 10 Euro einen vom Verein selbst produzierten Kalender mit traditioneller tansanischer Malerei aus der dortigen Region kaufen. Die Kalender sind beim „Bücherwurm“ erhältlich.

**NEUER RADWEG**

Jetzt bringt das Radfahren an der Mühlenstraße richtig Spaß: Ebene Fläche, breit genug für Begegnungsverkehr, sogar die schönen Eichen blieben weitestgehend erhalten. Nachdem der Radweg jahrelang eine gefährliche Buckelpiste war und dank des Einsatzes des SPD-Wahlkreisbetreuers Dieter Tietz vor einigen Jahren durch Glättungen „entschärft“ wurde, blieb das Ziel, diesen auch als Schulweg genutzten Radweg entlang der viel befahrenen Mühlenstraße völlig neu zu bauen. Das ist nun im Zuge der Sanierung der gesamten Mühlenstraße erreicht worden.

NATIONALER PAKT

Unter dem Motto „Wir denken an morgen“ hat der SPD-Parteivorstand am 5. Sept. den Nationalen Pakt für Bildung und Entscheidung beschlossen. Zentrale Punkte:

- Die Finanzkrise darf nicht Sozialkrise werden
- Auch Deutschland muss konsolidieren
- Gute Bildung braucht Investitionen
- 27 Milliarden Euro für Bildung und Kommunen
- Die zweite Chance zum Berufsabschluss

Mehr ist zu lesen in der Ausgabe Nr. 6 in Rossmanns Elbblick. Auch im Internet unter www.ernst-dieter-rossmann.de

WEISSER RING PINNEBERG

Der Weisse Ring ist ein Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern. Bundesweites Opfertelefon: 116 006 (kostenfrei) von 7 – 22 Uhr. Im Kreis Pinneberg: 0151-55 16 46 37 (nicht kostenfrei)



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

alle Leute sprechen von „Hartz IV“, viele wissen nicht, dass der Namensgeber ein Vorstandsmitglied der Volkswagen AG war, noch viel weniger, wie es konkret vor Ort aussieht. Wir versuchen es mit einem Bericht über die Situation direkt bei uns in Pinneberg. Dann ärgern wir uns wieder über den Stillstand in Pinneberg. Die aus fünf Fraktionen bestehende Ratsversammlung schafft es einfach nicht, zukunftssträchtige Kompromisse zu schließen. Mit der Vergangenheit beschäftigt sich unsere neue Serie. Nachdem unsere „Denk-Mal“-Serie viel Resonanz erfahren hat, beginnen wir jetzt mit einer neuen über Pinneberger Straßennamen und hoffen, dass sie Ihnen gefällt. Wir wollen Sie über die Gescheh-

nisse in Pinneberg informieren und betrachten uns nicht als Wahlkampfzeitung, wie manche vermuten. Aber jetzt ist doch die Wahl für den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Thema. Eigentlich ist ja SH zeitlich „noch nicht dran“, aber das Verfassungsgericht hat das Wahlverfahren und damit die Zusammensetzung des Landtages als verfassungswidrig gerügt und eine Neuwahl erzwungen. Deshalb wird im Mai gewählt. Wir stellen unseren SPD-Kandidaten Kai Vogel vor.

Wir wünschen Ihnen noch einige sonnige Herbsttage und eine geruhige Vorweihnachtszeit!

Ihre Rosenblätter Redaktion



„Die jetzige Regierung hat mit ihrer Schulpolitik leider viel Porzellan zerschlagen. Ich will mich für eine verlässliche Bildungspolitik einsetzen!“

KAI VOGEL**BILDUNGSEXPERTE FÜR DEN LANDTAG**

Bei den Wahlen zum Landtag im nächsten Jahr, setzt die SPD mit ihrem Kandidaten Kai Vogel voll auf Bildungskompetenz. Zurecht, denn immer noch sind schulpolitische Fragen für die Wähler eines der wichtigsten landespolitischen Themen.

„Wir haben in Schleswig-Holstein Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen. Doch beide Schulformen können so verbogen werden, dass man keine Unterschiede mehr sieht. Eltern sind verwirrt, weil ihnen kaum jemand noch vermitteln kann, welche Schulform besser ist!“, so das kurze Resümee von Kai Vogel, der sich sicher ist, dass Verlässlichkeit für Eltern und Kinder die beste Voraussetzung für eine tragfähige Schulpolitik ist. Als Mitglied der Ratsversammlung und des Schulausschusses kennt Vogel die Nöte der Schulen vor Ort, als stellvertretender Rektor hat er eine fachliche Sicht der Situation „und auch als Vater von zwei Kindern erfahre ich Dinge, die mir selbst meine berufliche und politische Erfahrung so nicht vermitteln.“ Derweil laufen die Vorbereitungen für den Wahlkampf auf Hochtouren, auch wenn Vogel klarmacht, dass er nicht unbedingt ein „politischer Lautsprecher“ ist. „Mir liegen eher die leisen Töne und das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.“

Zur Person: 43 Jahren alt, verheiratet, zwei Kinder. Studium der Germanistik und Politik in Kiel. Seit 15 Jahren als Lehrer tätig, seit 8 Jahren als stellv. Schulleiter einer großen Gemeinschaftsschule in Tornesch mit fast 1300 Schülerinnen und Schülern.

HÄNGEPARTIE FÜR PINNEBERGS STADTENTWICKLUNG GEHT WEITER

„Politik blockiert Pinnebergs Offensive“, so war es vor wenigen Tagen in der Pinneberger Lokalpresse zu lesen. Ob Gewerbeansiedlung an der Müssetwiete oder Umgestaltung der Innenstadt, nirgends – so scheint es – können sich die Parteien zu Beschlüssen durchringen, die Pinneberg voranbringen. Die SPD hat eine klare Meinung, auf konkrete Ansagen seitens der CDU als stärkste Fraktion wartet man jedoch vergebens.

NEUGESTALTUNG INNENSTADT ZUKUNFT DES KREISHAUSES

Wieder einmal konnte sich der Stadtentwicklungsausschuss auf seiner jüngsten Sitzung nicht auf eine mehrheitliche Linie einigen. Zur Abstimmung stand erneut ein Grundsatzbeschluss zu den Entwürfen der Hamburger Planungsgruppe Elbberg. Geschaffen werden sollen neue Flächen für Einzelhandel vor allem aus den Bereichen Textilien, Schuhe. Zudem plant der Pinneberger Einzelhändler Bert Meyer, einen SB-Markt auf dem jetzigen Gelände der Kreissparkasse zu errichten und auch Projektentwickler Michael May aus Itzehoe wartet auf ein Signal der Politik. Für die SPD ein Zukunftsprojekt, dem man gerne zugestimmt hätte. Doch Vertreter der CDU setzten erneut eine Vertagung durch - sie sahen sich nicht ausreichend informiert und forderten Aussagen zum Hochwasserschutz oder zu verkehrstechnischen Einzelheiten der geplanten Verlegung der Friedrich-Ebert-Straße. Bürgermeisterin Kristin Alheit (SPD) machte in Richtung CDU jedoch unmissverständlich klar, dass sie keine detaillierteren Angaben vorlegen könne. „Ohne politischen Beschluss arbeiten wir im luftleeren Raum. Verbindliche Aussagen gerade über die Höhe der Förderung durch das Land erhalten wir nur, wenn sich die Politik ein klares Bekenntnis zu dem Projekt abringt.“ Die Städtebauförderung ist dabei Grundlage der Finanzierung des Projektes. Das Land hat bereits Zuschüsse in Millionenhöhe avisiert, was fehlt ist lediglich die längst überfällige Entscheidung für (oder gegen) das Projekt.



Planungskonzept: Die „Pinnau-Terrassen“ sollen die Innenstadt attraktiver machen

Fortschritte gibt es für das Gelände der nach Elmshorn gezogenen Kreisverwaltung zu vermelden. Pinnebergs Politik beschloss einen Bauplan, der zukünftig Büronutzung und Wohnbebauung ermöglichen soll. Vor allem für die Innenstadt könnte zentrales Wohnen zur Belebung beitragen.

Ärgerlich: Die CDU lehnte es ab, einen Architektenwettbewerb durchführen zu lassen, obwohl dieser weder Kosten noch eine zeitliche Verzögerung bedeutet hätte. Unverständlich, wenn man bedenkt, dass mit dem Bauplan die Grundlage für ein großes stadtbildprägendes Gebäudeensemble unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes für das alte Kreishaus geschaffen werden soll. Auch die Größe des Bauplangebietes bis hin zum Wohnquartier „Rosenhof“ verlangt nach einem Architektenwettbewerb.

GEWERBEGEBIET MÜSSENTWIETE

Keine Fortschritte auch in Sachen Gewerbeansiedlung. Dabei besteht dringender Handlungsbedarf, schließlich ist die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen für die hochverschuldete Stadt. Erst jüngst wanderte ein großer Gewerbesteuerzahler nach Halstenbek ab, weil keine Erweiterungsflächen zur Verfügung standen. Deshalb sprach sich die SPD für die Bereitstellung von 2,2 Millionen Euro für die Erschließung von Gelände an der Müssetwiete aus, das durch den Bau der Westumgehungen optimal an die A23 angebunden werden könnte.

Das sahen die CDU und weitere Fraktionen anders. Mittel dafür könnten auch dann eingeworben werden, wenn potenzielle Käufer gefunden seien. „Hier wird das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt“, so Pinnebergs Wirtschaftsförderer Stefan Krappa, „wir haben Anfragen von Unternehmen, es fehlen schlichtweg Flächen, die wir anbieten können.“

DER KOMMENTAR**PINNEBERG BRAUCHT ENTSCHEIDUNGEN**

„Geduld ist die Kunst nur langsam wütend zu werden“, so lautet ein Sprichwort. Und in genau dieser Kunst muss sich die Pinneberger SPD momentan üben. Innenstadtdumgestaltung, Gewerbeansiedlung, Kasernenentwicklung – die zentralen Projekte in Pinneberg liegen entscheidungsreif auf dem Tisch der Kommunalpolitik. Kleine Fraktionen wie die Grünen haben sich klar positioniert – keine Westumgehungen, keine Gewerbebetriebe an der Müssetwiete, klares Nein zu den Plänen für eine attraktivere Innenstadt.

Mehrheiten gibt es nur, wenn sich die CDU zu Ihrer Verantwortung bekennt. Ärgerlich ist es deshalb, wenn die Innenstadtdumgestaltung erneut aufgeschoben wurde. Die CDU berät, fragt nach, vertagt, diskutiert, wägt ab, rechnet und grübelt – nur eines tut sie nicht: Entscheiden. Investoren stehen vor der Tür, Unternehmen klopfen bereits an. Durch die aktuelle Diskussion um Kaserne und Innenstadt ist Pinneberg wieder auf der Landkarte von Projektentwicklern und Firmen aus der Metropolregion aufgetaucht. Pinneberg braucht zudem ein gewisses Maß an Neubürgern, damit Schulen und Kindergarten optimal ausgenutzt werden – langfristig droht Pinneberg durch die demographische Entwicklung ein Schülermangel.

Dabei fehlt es nicht an Nachfrage von potentiellen Neubürgern, lediglich das Immobilienangebot fehlt. Zitat aus dem aktuellem Capital Immobilienkompass: „Preiswert war gestern. Häuser in Pinneberg sind Mangelware. Es finden sich Abnehmer selbst für sanierungsbedürftige Altbauten, die jahrelang als Ladenhüter galten.“ Die Politik ist auch hier gefordert, attraktive Bauflächen zu schaffen. Fazit: Im Wettbewerb um Einwohner hat Pinneberg die Chance sich als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort zu positionieren. Die Voraussetzungen sind da, es fehlt nur noch eines: Entscheidungen.



HARTZ IV IN PINNEBERG: VIEL MEHR ALS NUR EIN PAAR EINZELFÄLLE

In Deutschland leben 6,7 Millionen Menschen von Hartz IV, 3608 davon in Pinneberg und damit fast 9 % der Stadtbevölkerung. Wird von ihnen das Teilhabepaket für Kinder genutzt?

DAS KANN BEIM LEISTUNGSZENTRUM BEANTRAGT WERDEN:

- ein Zuschuss für jede gemeinschaftliche warme Mahlzeit im Kindergarten oder in der Schulkantine (mtl. in der Regel 20 Euro, Eigenanteil 1 Euro pro Mahlzeit)
- 10 Euro monatlich insgesamt fürs Mitmachen in Sport oder Kultur oder Freizeit – z. B. für Vereinsbeiträge. (Diese Leistung gibt es nur für Kinder bis 18 Jahren, bei anderen Leistungen bis 25 Jahren)
- 100 Euro jährlich für Schulbedarf
- Tatsächliche Kosten für Tagesausflüge in Schule und Kindergarten.
- Lernförderung
- Kosten für die Schülerbeförderung

WER IST LEISTUNGSBERECHTIGT?

Berechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV), Sozialgeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialhilfe, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen.

Gutscheine für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen beim Leistungszentrum des Jobcenters in der Friedenstraße beantragt werden.* Nehmen die Leistungsberechtigten das auch in Anspruch oder gibt es bürokratische Hemmnisse? „Zu Anfang verlief das recht schleppend, aber jetzt sind wir sehr zufrieden“, erklärte Teamleiter Christian Wirth. „Mit 1.110 beim Leistungszentrum gestellten Anträgen zum 1. Oktober haben wir eine Erfolgsquote von 70 Prozent!“ Dieses im Vergleich zum Landesdurchschnitt von rd. 50 Prozent sehr gute Ergebnis ist zurückzuführen auf die besonderen Anstrengungen in Pinneberg mit Broschüren in fünf Sprachen, einem eigenen Flyer, Pressemitteilungen, Verfahrensvereinbarungen zum Beispiel mit dem Kreissportverband und gezielte Ansprache und Hilfestellung bei den Beratungsgesprächen.

JOBCENTER WÜNSCHT SICH INTENSIVERE NUTZUNG

Das Niveau soll weiter ausgebaut werden: „Das Teilhabepaket ist uns gemeinsam mit dem Kreis ein besonderes Anliegen. Wir wünschen uns eine noch intensivere Nutzung des Teilhabepakets und werden deshalb weiter besondere Anstrengungen unternehmen“, betonte Geschäftsführer Gerold Mellem. Zuständig ist das Leistungszentrum Pinneberg aber nicht nur für

die Ausgabe von Gutscheinen nach dem Teilhabepaket. 3.680 Pinneberger bekommen zur Zeit Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, besser bekannt unter Hartz IV. Das sind fast neun Prozent aller Einwohner Pinnebergs. Betreut werden 1.160 Ausländer und 380 Alleinerziehende.

ANTRÄGE WERDEN INNERHALB VON DREI TAGEN BEARBEITET

Gegenüber 2010 ist die Anzahl der Leistungsberechtigten aufgrund des Konjunkturaufschwungs wie auch bei anderen Leistungszentren etwas gesunken. In Erwerbstätigkeit konnten bisher 19 Prozent integriert werden, die meisten beschaffen sich aber selbst wieder Arbeit. „Viele wollen raus aus dem Leistungsbezug“, betonte Teamleiter Caner Bozyigit. Etwas stolz ist das Leistungszentrum darauf, dass Anträge sehr schnell in rund drei Tagen bearbeitet werden. Teamleiter Philipp Goetzke: „Pinneberg nimmt im Vergleich zu anderen Leistungszentren den ersten Platz ein!“ Sorge bereitet dem Jobcenter die künftige finanzielle Ausstattung: „Wir müssen damit rechnen, für Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt 2012 bis zu 25 Prozent weniger Geld zu bekommen“, befürchtet Geschäftsführer Gerold Mellem.

* Das Leistungszentrum Pinneberg ist zuständig für Pinneberg, Schenefeld, Halstenbek und alle Gemeinden rund um Pinneberg.



Werben intensiv für das Teilhabepaket: Teamleiter des Leistungszentrums Pinneberg v. l. n. r.: Christian Wirth, Caner Bozyigit, Philipp Goetzke

KEINE NEUEINTRITTE IN SPORTVEREINE

2,5 Millionen bedürftige Kinder aus Geringverdienerfamilien haben mehr Zukunftschancen. Sie können bei Sport, Musik oder Kultur dabei sein – so wirbt Bundesministerin von der Leyen in bunten Broschüren für das Bildungs- und Teilhabepaket. Alle Beteiligten würden dafür sorgen, dass das Bildungspaket auch bei den Kindern ankommt. Kommt die Hilfe aber auch tatsächlich an? Treten bedürftige Kinder mit Hilfe eines 10-Eurogutscheines in Sportvereine ein? Die „Rosenblätter“ fragten Sönke-P. Hansen, den Geschäftsführer des VfL Pinneberg.

Seine Erfahrungen sind ermüthend: „Auch nach den Anlaufschwierigkeiten ist die Inanspruchnahme sehr, sehr gering. Wir haben 2.000 Kinder unter 18 Jahren im Verein. Davon wurden für lediglich 80 Kinder Gutscheine – 50 Hartz

IV-Empfänger und 30 Wohngeldempfänger – vorgelegt, und das sind auch nur Kinder, die überwiegend schon im Verein sind. Neueintritte gibt es so gut wie keine. Insgesamt also eigentlich ein erschreckendes Ergebnis!“



„Sehr, sehr geringe Inanspruchnahme“

SÖNKE-P. HANSEN,
Geschäftsführer des
VfL Pinneberg

An mangelnder Werbung können diese geringen Erfolgszahlen eigentlich nicht liegen. Neben Berichten in den Medien und des Jobcenters weist auch der Sportverein in seiner Vereinszeitung und in persönlichen Gesprächen auf die Hilfe hin. Lohnt sich denn der Aufwand für Werbung und Abrechnung bei so geringer Beteiligung? „Doch, auch für 80 Kinder lohnt es sich. Vielleicht würden diese Kinder ohne die 10 Euro sonst austreten“, betont Sönke Hansen. „Wir werden uns weiterhin einsetzen, dass noch mehr Kinder diese Hilfe bekommen.“

VERHALTENES INTERESSE BEI ZUSCHÜSSEN FÜR MITTAGESSEN IN KINDERGÄRTEN

Ein ganz und gar kostenloses Mittagessen gibt es für bedürftige Kinder zwar nach dem Teilhabepaket nicht – wie manchmal verbreitet wird. Aber nach Vorlage eines Gutscheines des Jobcenters verbleibt bei den Eltern nur ein Eigenanteil von 20 Euro im Monat pro Kind. Bei einem Mittagessenspreis von 45 Euro im Monat eine nicht unerhebliche Hilfe für Eltern, die mit jedem Euro rechnen müssen. Also könnte man annehmen, dass alle Leistungsberechtigten dieses Hilfeangebot auch in Anspruch nehmen. Machen sie aber nicht.

„Trotz großer Plakatierung im Kindergarten ist die Inanspruchnahme sehr schleppend angelaufen“, berichtet die Leiterin der Städtischen Kindergärten, Frau Karin Diederichs. „Wir mussten nachfassen, um Eltern in Bewegung zu bringen.“ Zahlen hat die Kindergartenleiterin nicht parat, weil der Kindergarten keine Daten über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kindergarteneltern haben und sammeln darf. Die „Rosenblätter“ bekamen aber Zahlen von der für die Gebührenabrechnung zuständigen Stadtverwaltung:

Von den am Mittagessen im Städtischen Kindergarten teilnehmenden Kindern sind 36 im ALG II-Bezug, Gutscheine vom Jobcenter für einen Zuschuss zum Mittagessen wurden per 1. Oktober aber nur von 20 Eltern vorgelegt, also nur von etwas mehr als der Hälfte der Anspruchsberechtigten. Warum sind es trotz umfangreicher Informationen und Beratungen des Jobcenters und des Kindergartens nicht mehr? Karin Diederichs kann nur vermuten: „Für manche Eltern ist der unvermeidliche Aufwand, vom Kindergarten eine Bestätigung über den Kindergartenbesuch einzuholen und einen schriftlichen Antrag beim Jobcenter zu stellen, ein Problem. Hinzu kommt die Hemmschwelle, gegenüber dem Kindergarten zu offenbaren, dass eine Bestätigung über den Kindergartenbesuch für das Jobcenter benötigt wird.“



„Offenbar bestehen noch Hemmschwellen“

KARIN DIEDERICHS
Leiterin der Städtischen
Kindergärten

Karin Diederichs ist sich aber sicher, dass die immer noch bestehenden Anlaufschwierigkeiten überwunden werden und die Hilfe noch mehr in Anspruch genommen wird. „Wir werden weiter informieren und Hilfestellung geben.“

MEHR SCHULSOZIALARBEIT

Das Wort erinnert ein wenig an den pädagogischem Muff der 80iger Jahre: Schulsozialarbeit. Doch hinter dem sperrigen Begriff steht ein wichtiges Hilfsangebot sowohl für Lehrer als auch für Schüler. Die Pinneberger Ratsversammlung bewilligte jüngst zwei weitere befristete Stellen für die Schulsozialarbeit, damit diese zukünftig auch in den Pinneberger Grundschulen stattfinden kann – zur Zeit gibt es in Pinneberg nur in den beiden Gemeinschaftsschulen und der Regionalschule Schulsozialarbeit.

Möglich wurde diese Verstärkung der Schulsozialarbeit durch Bundesmittel für zwei Jahre. „Moderne Schulsozialarbeit wirft heute auch einen Blick auf das soziale Umfeld der Schüler“, so SPD-Bildungsexperte und Landtagskandidat Kai Vogel. „Streit mit Freunden oder den Eltern, Trennungen oder sonstige Probleme der Heranwachsenden führen häufig zu Störungen oder Auseinandersetzungen in der Schule, die sich häufig in verbaler oder gar körperlicher Gewalt der Kinder und Jugendlichen zeigen“, weiß Vogel aus seiner beruflichen Erfahrung als stellvertretender Schulleiter einer Gemeinschaftsschule zu berichten.

SOZIALARBEITER BERATEN LEHRKRÄFTE BEI KONFLIKTEN

Komme es zu Konflikten im Unterricht, könnten die Lehrkräfte auf die Hilfe der Kräfte der Schulsozialarbeit bauen, die meist eine sozialpädagogische Ausbildung haben. In der Tat ist das Verhältnis der Schülerinnen und Schüler zu den Sozialpädagogen ein ganz anderes als zu Lehrkräften oder den eigenen Eltern: „Man kann am ehesten von einem älteren Freund sprechen, der einem mit Rat und Tat zur Seite steht“ ist sich Kai Vogel sicher. Zudem beraten die Mitarbeiter der Schulsozialarbeit Lehrkräfte bei Schwierigkeiten oder vermitteln auch in Konfliktsituationen zwischen Elternhaus und Schule.

Ärgerlich findet Kai Vogel, dass der Bund nur eine Anschubfinanzierung leistet und dann die finanzschwachen Städte mit dem Problem allein lässt. „Nach Auslaufen der Bundesfinanzierung in zwei Jahren kommt eine zusätzliche Belastung auf die Stadt zu. Es ist nicht denkbar, dass die Stadt die Schulsozialarbeit wieder einschränkt. Bei der Finanzschwäche der Gemeinden wäre eine dauernde Hilfe des Bundes erforderlich.“

HINTERGRUND

MISSBRAUCH DES NATURSCHUTZES

Bürgerinitiativen sind ein unverzichtbares Element der Zivilgesellschaft und ein wichtiges Korrektiv der Politik. Ohne Bürgerengagement hätten wir in Deutschland keine Energiewende und in Schleswig-Holstein keine Seeadler und Uhus in freier Wildbahn. Die Aktivisten freuen sich darüber, aber haben keinen unmittelbaren materiellen Vorteil von ihren Aktionen. Das ist auf kommunaler Ebene anders. Da melden sich meist die direkt Betroffenen, sprich die Anlieger. Es gibt Ausnahmen: In Pinneberg zum Beispiel die Initiativen pro und kontra Westumgehung. Beide haben keine unmittelbaren Vorteile. Die einen erhoffen eine Verkehrsentslastung in der Innenstadt und die anderen fürchten die Eingriffe in die Natur in der Pinnauiederung.

Aber auch wenn sich Initiativen, zum Beispiel von Anliegern eines Bebauungsplanes, für ihre eigenen Interessen einsetzen, sind sie für die Kommunalpolitik wichtig. Sie artikulieren die Probleme der betroffenen Bürger, bringen sie auf den Punkt und den Politikern näher. Dazu müssen nicht immer die Samthandschuhe angezogen werden. Die Politiker sollen schon bemerken, dass die Bürger Sorgen haben. Sie müssen deren Interessen bei ihrer Abwägungsentscheidung berücksichtigen, aufklären und informieren.

Argwöhnisch sollte man sein, wenn der Naturschutz in den Vordergrund geschoben wird. Damit kann man leicht eigene Interessen verschleiern. Im Grunde will man keine neuen Nachbarn, die einem aufs Grundstück schauen können oder in der Wohnstraße etwas mehr Verkehr verursachen. Manchmal wird offen sogar gesagt, dass man nach Pinneberg ins Grüne gezogen sei und das Grün an der eigenen Grundstücksgrenze so bleiben muss. Weil das - wenn man es offen sagt - egoistisch klingt, wird der Naturschutz als Argument herangezogen.

Auf Dauer gebraucht und beliebig bei jeder Gelegenheit genutzt, verliert aber das Naturschutzargument seine Wirkung. Noch schlimmer, es kann lächerlich gemacht werden und schadet dem Natur- und Landschaftsschutz. Wer meint, mit der Erhaltung der Baumschulen auf dem Rehmenfeld hilft man dem Uhu oder wer beim viel diskutierten „Thesdorfer Wald“ auch Eisvogel und Kuckuck ins Gespräch bringt, hat sich schon in diese Gefahr begeben.

GESCHICHTE DES RÜBEKAMPS

Die Rosenblätter beginnen eine neue Serie: Geschichte(n) der Straßennamen. Wer sich damit beschäftigt, muss tief in die Ortsgeschichte eintauchen. Wir haben das im Stadtarchiv gemacht und ein Gespräch mit dem Stadtarchivar Martin Ramcke über den „Rübekamp“ geführt.

„Das war früher ein Privatweg“, sagt er, „entstanden auf Wunsch des Schlossherrn, der den Weg zur Rellinger Kirche abkürzen wollte.“ Die Neugier ist geweckt, wie kam das zustande, wo war das Pinneberger Schloss? Alte Berichte sagen, dass es auf dem Dreieck bei der Eimmündung von Mühlenau in die Pinnau lag. Die historische Karte aus dem Jahr 1792 hilft etwas weiter. Dort gibt es noch einen Schlossplatz, aber schon lange kein Schloss mehr. Denn der katholische Feldherr Tilly beschädigte das Pinneberger Schloss im Dreißigjährigen Krieg, der schwedische Oberst Gorgas brannte es 1658 nieder. Dann fiel das Schloss. Heute findet man nichts mehr. Der Bau der Eisenbahnstrecke hat alle oberflächlichen und sichtbaren Spuren gelöscht.

Betrachtet man die Karte, erkennt man die Motive des Schlossherrn. Nach dem Bau „seiner persönlichen Südumgehung“ musste er sonntags nicht mehr durch die heutige Koppelstraße und untere Dingstätte kutschieren, wo - so Martin Ramcke - „im Mittelalter das einfache Volk, vor allem Schlossbedienstete und Handwerker, wohnten.“ Er fuhr mitten durch die Flur auf einem Weg, der heute Rübekamp heißt und kam zum heutigen Drosteiplatz. Dort fand der

Schlossherr noch keine Drostei vor, aber die mittelalterliche Dingstätte musste er passieren. Viele Leser werden wissen, was „Dingstätte“ bedeutet. Heute ist unsere zentrale Einkaufsstraße danach benannt. Früher war es die Stätte des Gerichts, in germanischen Zeiten unter freiem Himmel abgehalten, erst viel später siedelten sich dann hier auch die Menschen an. Das ist nicht erstaunlich, denn die Strafen an Leib und Leben wurden gleich am Ort des Gerichts vollzogen. Die letzten Zeugen der Dingstätte findet man noch vor der Drostei - es sind die Schwursteine, auf denen Zeugen ihre Aussagen beeideten.

Und woher hat der Rübekamp in späteren Jahrhunderten seinen Namen bekommen? Einfach nach dem gleichnamigen Flurstück, das er durchquert. Und „kamp“ bedeutet einfach „Feld“ oder „Land“. Ob mit „Rübe“ die Feldfrucht gemeint ist, wissen wir nicht sicher. Aber da der Straßename in Norddeutschland häufiger vorkommt (in Hamburg „Rübenkamp“) könnte es so sein. Eine andere Deutung finden wir im Buch „Alt-Pinneberg“ von Dieter Beig. Ursprünglich könnte die Flur den Namen „Rövkamp“ getragen haben - und das hat nichts mit Rüben, sondern mit „rauben“ oder „dahinraffen“ zu tun.



Bild: Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv

GIGALINER AUF DEM THESDORFER WEG

„Keine Feldversuche mit Gigalinern“, das war die SPD Forderung einer Resolution im Pinneberger Kreistag. Damit sollte die Landesregierung aufgefordert werden, keine Tests mit den 25 Meter langen und 40 Tonnen schweren Lastwagen einzuführen. CDU, FDP und KWGP lehnten mit ihrer Mehrheit die Resolution jedoch ab. CDU-Sprecher Feuerschütz argumentierte wie auch der Pinneberger Spediteur Gerd Tews für diesen Feldversuch, da diese Großfahrzeuge vergleichsweise spritsparend fahren. Auch würden die Straßen nicht übermäßig strapaziert, da sich das Gesamtgewicht eines solchen Fahrzeugs auf mehr Achsen verteilt. FDP-Sprecher Claus Bremer aus Elmshorn argumentierte, man dürfe den technischen Fortschritt nicht auf-

halten. Auch bei der Einführung der Eisenbahn habe es Proteste gegeben: „Wenn die Menschen darauf gehört hätten, würden wir noch heute keuleschwingend durch den Urwald laufen“. Anwohner des betroffenen Thesdorfer Weges verwiesen in der Bürgerfragestunde jedoch auf die schon heute stark befahrene Straße, die als Autobahnzubringer für viele LKW aus dem Bereich südliches Pinneberg, Wedel, Uetersen und Marsch sowie von Berufstätigen aus diesen Bereichen genutzt wird. Nach Plänen der Kieler Regierung sollen rund 20 Strecken in Schleswig-Holstein für Gigaliner freigegeben werden. „Mit Gigalinern ist das steigende Verkehrsaufkommen nicht in den Griff zu bekommen“, sagte die SPD-Verkehrsexpertin im Landtag, Marion Sellier. Um das festzustellen, brauche man keinen Feldversuch. „Die Infrastruktur des bundesdeutschen Fernstraßennetzes ist für solche Transporte nicht ausgelegt.“ Die SPD setze auf den Ausbau des Schienennetzes: „Die Eisenbahn wird das Transportmittel der Zukunft sein.“



Argerlich: Die Ruine in der Schauenburger Strasse.

KOMMT DER SELTENE FISCHOTTER?

Wohl wenige Tierarten hatten in den letzten Jahrhunderten unter dem Mensch so zu leiden wie der Fischotter. Als Fischdieb gnadenlos verfolgt, als Pelzlieferant gefangen, als Jagdobjekt geschossen und durch Begradigung von Bächen und Flüssen seines Lebensraumes beraubt. Im Mittelalter wurde das Mardertier in Fastenzeiten sogar zur Fischart erklärt, um das leidige Fleischverbot zu umgehen. Nachdem er in Deutschland fast ausgerottet war, ist er nun wieder da - auch in Schleswig-Holstein. Ein großer Erfolg des Naturschutzes und auch im Kreis Pinneberg sind die ersten Sichtungen gemeldet worden - das teilte jüngst Bernd Netz vom Kieler Umweltministerium den Pinneberger Politikern mit. Vor allem Straßen und Brücken hinderten den Otter aber noch an der Ausbreitung. Mit kleinen Steinschüttungen oder Holzpfaden könne dem Tier aber die

Ausbreitung erleichtert werden. „Wer einen Otter schützt, schützt nicht nur eine Art, sondern einen ganzen Lebensraum. Die Haushaltslage erlaubt aber momentan nur kleine Maßnahmen“, so Reinhardt Matthies, SPD-Mitglied im Pinneberger Umweltausschuss, „doch wenn unsere Flüsse wieder zu naturnahen Lebensadern werden, ist das nicht nur gut für den Fischotter, sondern auch für die Naherholung und somit für die Menschen in der Region. Deshalb werden wir versuchen, Sponsorengelder und Landesmittel zu erhalten.“ Ein gutes Beispiel für privates Engagement gibt es bereits in Lübeck. Dank einer Spende der Kreisjägerschaft konnten Verkehrsschilder mit Warnhinweisen installiert werden. Die Jäger platzierten sie an Stellen, die das posierliche Tier vor allem nachts häufig quert und dabei von Autofahrern leicht übersehen wird.



HILFE FÜR FRAUEN

In schwierigen Lebenssituationen und Notlagen - zum Beispiel bei Trennung, Scheidung, häuslicher Gewalt - erhalten Frauen beratende Unterstützung vom Pinneberger Frauennetzwerk. Über 600 Beratungen finden im Jahr statt und der Beratungsbedarf steigt. Dringend benötigt wird eine zweite hauptamtliche Halbtagskraft. Das Land will dafür seinen Zuschuss erhöhen, wenn auch Kreis und Stadt mehr zahlen als bisher. Obwohl die Arbeit des Frauennetzwerkes unbestritten anerkannt wird, lehnte die Ratsversammlung im Oktober aber eine Erhöhung des städtischen Zuschusses um 6.400 Euro ab. Nur die Fraktionen von SPD und GAL stimmten zu, die anderen Fraktionen begründeten ihre Ablehnung mit Protest gegen die Landesregierung wegen der insgesamt geringeren Frauenförderung im Land und mit Hinweis auf den klammen Haushalt der Stadt Pinneberg. Die SPD-Fraktion ließ aber nicht locker. Auf ihren Antrag beschloss die Ratsversammlung im November doch noch die Zuschusserhöhung. CDU und FDP blieben bei ihrem Nein. Wenn jetzt auch noch der Kreis Pinneberg mitzieht, kann die Frauenberatungsstelle eine zweite Kraft einstellen.



LESERBRIEFE

Eggerstedt Kaserne
Rosenblätter 01/2011

Ich habe mich zwar nicht getraut, einfach mal in das Kasernengelände zu gehen, aber man sieht auch von außen genug. Erst einmal wunderschöne alte Bäume, da wird man bei einer Bebauung etwas Phantasie entwickeln müssen, um die zu erhalten. Aber wenn man die Fläche nicht zu klein parzelliert, wird das bei einer Einfamilienhausbebauung möglich sein. Aber auch sonst wächst und gedeiht es überall, aus Büschen werden Bäume und aus vielen Bäumen ein Wald. Beim jetzigen Tempo kann man sich ausrechnen, dass bald die gleichen Probleme auftauchen werden wie beim sogenannten „Thesdorfer Wald“ in der Halstenbeker Straße, wo eine verlassene Baumschulfläche zum Wald wurde. In einer Zeitung habe ich schon gelesen, dass die Kaserne der heimliche Stadtpark sei. Mit den vorhandenen Gebäuden und dem Schießplatz ist es eher etwas für einen riesigen Abenteuerspielplatz. Ich hoffe aber, dass sich die Pinneberger Politik mal auf eine realistische Lösung einigt.

Jürgen Kolz

Eggerstedt Kaserne
Rosenblätter 01/2011

Ich finde es gut, dass von Ihnen in einem offensichtlich ironisch gemeinten Beitrag das vor sich hindämmende Kasernengelände aufs Korn genommen wird. Der Bürger versteht einfach nicht, dass sich dort nichts tut und die Kommunalpolitiker sich nicht einigen können. Das Gelände ist so groß, dass Kompromisse möglich sein müssen. Andere Gemeinden haben aus ihren aufgegebenen Kasernenflächen schon seit Jahren etwas gemacht, das muss doch auch in Pinneberg möglich sein.

Philip Boehlke

DER QUERDENKER

Bekanntermaßen wurde in den achtziger Jahren zusammen mit den Grünen auch die Mülltrennung erfunden. Während die Öko-Partei ein Segen für die deutsche Parteienlandschaft war, ist die Mülltrennung eine Geschichte deutschen Regelungswahns mit absurden Folgen: Selbst im afghanischen Feldlager Masar-i-Sharif trennen Bundeswehrsoldaten entsprechend deutscher Umweltschriften, obwohl jeder weiß, dass die Kübel vor den Kasernen wieder zusammen gekippt werden. Gelbe Säcke schaukeln auf Containerschiffen über die Weltmeere zu fernen Deponien oder werden „thermisch verwertet“ – also in Müllverbrennungsanlagen verbrannt. Mülltrennung gehört zu Deutschlands Image wie Neuschwanstein und verwundert fragt sich der ausländische Besucher, was wir Deutschen da müllmäßig eigentlich so treiben. Fakt ist: Diejenigen die uns Bürgern die Mülltrennung verordnen, haben den Umweltgedanken längst in die Tonne getreten. Müll ist ein Geschäft und wer den Zugriff auf unser aller Müll hat, der hat Zugriff auf gewinnbringend verwertbare Rohstoffe. Dabei stehen Kommunen und private Müllfirmen seit Jahren in erbitterter Konkurrenz. Viele Kommunen geht schlichtweg der Müll aus, um ihre überdimensionierten Verbrennungsanlagen zu füttern, sie nehmen dem Bürger deshalb gerne „jeden Dreck“ ab. Privatfirmen sind eher als „Rosinenpicker“ verrufen: Sie schürfen in den Müllbergen vor allem nach wertvollen Metallen. Das neue Abfallwirtschaftsgesetz von Umweltminister Röttgen soll deshalb diese Konkurrenzsituation eindeutig regeln. Doch eine für beide Seiten beunruhigende Nachricht kam jüngst vom Abfallverband Trier. In einem Modellversuch kippte man sämtliche Müllsorten kurzerhand zusammen und erprobte die maschinelle Trennung. Das Ergebnis: Maschinen trennen viel besser als Menschen. Dem Bürger könnte man so die Tonnen ersparen, die Entsorgungskosten senken und die Verwertungsquote der Rohstoffe sogar erhöhen. Trotz des Testerfolgs wurde das Vorhaben im Umweltministerium nachhaltig ignoriert, das Bundesabfallgesetz schreibe nun mal eine Trennung vor – so eine Begründung – in Wahrheit haben private Entsorgungsunternehmen an einer derartigen Regelung kein Interesse. So bleiben uns Bürgern auch weiterhin die Tonnen samt Farblehre erhalten. Etwas Positives bleibt – zumindest für alle Ökomuffel. Die können weiterhin sagen: „Ich trenne doch schon meinen Müll, warum soll ich da noch auf Tropenholzmöbel, Inlandsflüge oder meinen 200PS-Kraftwagen verzichten?“

BILDERRÄTSEL WELCHE SCHÖNE SEITE PINNEBERGS IST HIER ZU SEHEN?

Wo wacht diese Putte zusammen mit einem „Kollegen“?

Antworten bitte an die Redaktion der „Rosenblätter“, Ulmenallee 5, 25421 Pinneberg oder per E-Mail an diertertz@gmx.de. Unter den Einsendern mit der richtigen Lösung werden drei Buchpreise im Werte von je 25 Euro ausgelost.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Wetterhahn auf dem „kleinen“ Wasserturm am Peiner Weg. Buchpreise erhielten Erika Weiershäuser und Özen Lipinski. Herzlichen Glückwunsch!



AUFGESPIESST

Vor einigen Monaten hat das Pinneberger Hallenbad für den Sonntagvormittag eine Frauenbadezeit eingeführt. Danach gab es heftige Auseinandersetzungen, Politik und Verwaltung mussten sich rechtfertigen, schon wurde vermutet, dass sich hier islamistische Tendenzen bemerkbar machen. Aber wie häufig hilft ein Blick zurück und in die Arbeit der Pinneberger Geschichtswerkstatt. Im lesenswerten Buch der VHS-Geschichtswerkstatt „Pinneberg-historische Streiflichter“ entdecken wir auf S. 94 die Öffnungszeiten der Flussbadeanstalt Mühlenau: „Herrenbadezeit: Morgens 6-8 Uhr, 11-13.30, nachm. 18-21. Damenbadezeit: Vorm. 8-11.30, nachm. 13.30-18.00 Uhr“

Also auch in Pinneberg wurden Männlein und Weiblein streng getrennt. Gut, das war vor über hundert Jahren. Heute fragt man sich, wieso überhaupt? Die Leute trugen doch noch echte „Badeanzüge“, bloße Haut war kaum zu sehen, der Bikini noch nicht erfunden. Aber vor hundert Jahren hatten die Menschen halt andere Vorstellungen über das, was schicklich ist.

Der Probelauf mit der aktuellen Frauenbadezeit liefert deshalb kein Material für einen Grundsatzstreit, schon gar nicht für einen religiös orientierten. Die Stadtwerke, die für die Entscheidung verantwortlich sind, haben eine sehr sachliche Begründung. Die Frauenbadezeit wurde eingeführt, weil es den Wunsch danach gab. Der Probelauf soll nur dann zur Dauereinrichtung werden, wenn insgesamt mehr Leute kommen als vorher.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Pinneberg | E-Mail: rosenblaetter@spdpinneberg.de | Internet: www.spdpinneberg.de
Redaktionsadresse: SPD-Ortsverein Pinneberg, Redaktion Rosenblätter, Fritz-Reuter-Straße 24, 25421 Pinneberg | Redaktion: Dieter Tietz (V.i.s.d.P),
Dietrich Anders (V.i.s.d.P), Dieter Koch, Christian Koch | Fotos: Dieter Tietz, Fotolia, iStockphoto, Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv
Gedruckte Auflage: 18.000 Stück | Gestaltung: Sebastian Hager, Christian Koch | Druck: Nordbayerischer Kurier